

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.  
Kleinstes Zeitung des Bezirks

**Bezugspreis:** Vierteljährlich 2 Mk. ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Girokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

**Anzeigenpreise:** Die sechsstelligen Postnummern, oberhalb der Hauptmannschaft Nr. 1 bis 100, im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Seite 200 Pf. — Einzelne und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 102

Mittwoch den 3. April 1922

88. Jahrgang

## Amtliche Bekanntmachung.

### Kohlenbezugscheine

auf die Zeit vom 1. Mai 1922 bis 30. April 1923 kommen in den nächsten Tagen durch die Gemeindebehörden gegen Rückgabe der alten Scheine zur Ausgabe. Die neuen Scheine sind sofort an eine der im Ortshohlenstellenbezirk zugelassenen Kohlenverkaufsstellen abzugeben. Die Kohlenverkaufsstellen haben die linken Teile der Kohlenbezugscheine nach Abtrennung und Abstempelung an die Verbraucher zurückzugeben, die rechten Teile (Bezugsausweise) aber nach Abstempelung mit den Kundenlisten — für jede Gemeinde ist eine besondere Kundenliste aufzustellen — spätestens bis zum 15. Mai der zuständigen Gemeindebehörde zur Prüfung vorzulegen.

In Dippoldiswalde findet die Ausgabe der neuen Kohlenbezugscheine gegen Rückgabe der alten Scheine für die Bezirke I und III

Donnerstag den 4. Mai vormittags von 9—11 Uhr, für die Bezirke II und IV

Freitag den 5. Mai vormittags von 9—11 Uhr im Rathaus statt. Nicht rechtzeitig abgeholte Kohlenbezugscheine werden später nur gegen Entrichtung einer Gebühr von 1 — Mark ausgehändigt.

Auf den neuen Scheinen ist die für das ganze Jahr zustehende Kohlenmenge angegeben und diese Menge wird voraussichtlich auch bestimmt geliefert werden können. Die Kohlenverkaufsstellen haben die eingehenden Kohlen nach der Reihenfolge der Kundenlisten-Nummern gleichmäßig auf alle Kunden zu verteilen. Die auf den Kohlenbezugscheinen angegebene Jahresmenge darf ohne Genehmigung der Gemeindebehörde keinesfalls überschritten werden.

Wer als Verbraucher oder als Händler den Vorschriften über den Verkehr mit Hausbrandkohle zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 1500 M. oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft.

Dippoldiswalde, am 2. Mai 1922.

Die Ortskohlenstelle.

## Vertikales und Sächsisches

**Dippoldiswalde.** Wir möchten hier nochmals darauf hinweisen, daß heute Dienstagabend in der Reichstrone das Konzert mit anschließendem Ball und Tombola zur Stärkung des Kriegerdenkmalsfonds stattfinden wird. Der Beginn ist auf 7 Uhr festgesetzt und wird an dieser Zeit auch genau festgehalten werden. Wir möchten daher allen Besuchern dringend raten, sich rechtzeitig einzufinden, denn während der einzelnen Vorträge bleiben die Saalführen geschlossen. Zu spät Kommende müssen also in der Garderobe warten. Auch ist Herr Mittag gebeten worden, daß während der Vorträge der Restaurationsbetrieb eingestellt wird. Ein voller Genuß der Vorträge ist dadurch gewährleistet.

„Schäm Dich, Koffel!“ brachte am Sonntagabend das Operetten-Darstellung. Der Reichstronenaal war gut besetzt. Von einer Operette erwartet man Gesang und Spaß, heute wohl auch etwas Pikantes. Das steht. Aber Spaß vor allen Dingen. Daß Theater eigentlich Kunst ist, daran denken die wenigsten. Man will lachen. Und man kam in dieser Hinsicht auf seine Kosten. Dafür sorgte schon allein Balduin Thiedemann reichlich, sehr reichlich. Ob die Librettisten sich ihn allerdings gerade so vorgestellt haben, sei dahingestellt. Vom Gesang hatte man vielleicht mehr erwartet, quantitativ und qualitativ. Die Stimme des Tenors J. W. war selbst für unsere kleine Bühne zu bescheiden. Sein Partner aber hatte im Text nur „weiche Consonanten“. Das Spiel selbst aber war sehr gut, das Zusammenspiel ausgezeichnet. Da wurde alles aus dem Stück herausgeholt, was herauszubolen war. Und darin lag der Erfolg des Abends. Es war unbestritten ein Erfolg. Besonders zu erwähnen wäre noch die reiche Garderobe, die allerdings auch manchmal an den Ausdruck erinnerte, daß die moderne Frau, wenn sie „angezogen“ ist, weniger angezogen ist, als wenn sie „nicht angezogen“ ist. Nun, auch das findet seine „Anerkennung“. Alles in allem amüsierte man sich profanartig und kargte auch nicht mit Beifall, nicht nur am Abschluß. Bewußt hat das Operetten-Ensemble mit diesem Abend den Kreis seiner Freunde noch vergrößert. Es darf wieder kommen. — Aber: „Schäm Dich, Publikum!“ Was sollte denn die „Mitwirkung“, besonders bei der Leierkasten-Szene? Würde man sich das wohl in Dresden erlauben? Was aber in bezug auf Takt Dresden recht ist, ist Dippoldiswalde billig. Kein Jota weniger. Das war eine glatte Ungezogenheit!

Erste Innungsversammlung der neuen Schuhmacher-Innung (Zwangs-Innung) zu Dippoldiswalde und Umgegend am 1. Mai im Gasthof „zur Sonne“ in Dippoldiswalde. Herr Schuhmachermeister A. Heinrich begrüßte als Einberufer die Erschienenen und gab sodann dem mit Leitung der Versammlung beauftragten Vertreter der Aufsichtsbehörde, Herrn Ratssekretär Heil, das Wort. Dieser richtete zunächst ebenfalls Begrüßungsworte an die versammelten 54 Mitglieder, wies auf die einschlagenden gesetzlichen Vorschriften hin und ging alsdann zur Tagesordnung über. Zu Punkt 1 erfolgte die Beratung der Satzung. Der vorliegende Entwurf fand mit geringen Änderungen einstimmige Genehmigung. Eine längere Aussprache zeitigte die Festsetzung der Innungsbeiträge.

trüge. Schließlich wurde beschlossen, einen einhelligen Jahresbeitrag von 60 M. festzusetzen, Zusatzbeiträge für Gesellen und Lehrlinge außer den Einschreibegeldern aber nicht zu erheben. Die Wahl des Innungsvorstandes fiel auf die Herren Alfred Heinrich-Dippoldiswalde (Obermeister), Hugo Jädel-Dippoldiswalde (stellv. Obermeister), Enderlein-Reichstädt (Schriftführer), Florian-Dippoldiswalde (Kassierer) und Clebe-Ripsdorf und Müller-Niederböbel als Beisitzer. Es gelang auch trotz anfänglicher Schwierigkeiten, sämtliche Gewählten zur Annahme der Wahlen zu bestimmen. Namentlich wurden die schließlich angenommenen Erklärungen der Herren Heinrich, Jädel, Enderlein und Florian, die schon in der aufgelösten freien Schuhmacher-Innung dieselben Ämter bekleidet und sich vortrefflich bewährt haben, von der Innungsversammlung mit großer Freude aufgenommen. Hierauf übergab der Vertreter der Aufsichtsbehörde dem Obermeister die Leitung unter entsprechenden Worten der Begrüßung und Beglückwünschung, während anschließend Herr Obermeister Heinrich dem Vertreter der Aufsichtsbehörde Dank für die Leitung der Innungsversammlung aussprach. Nach Erlebung der offiziellen Tagesordnung fand noch Einschreibung der Mitglieder und Aufnahme von 5 neuen Lehrlingen statt. Weiter wurden Innungsangelegenheiten besprochen. Dabei beauftragte man vor allen Dingen den Innungsvorstand, Schritte zu unternehmen, um zu verhindern, daß von den einzelnen Meistern mehr Lehrlinge gehalten werden, als dies zulässig ist. Gegen 1/7 Uhr fand die kurz nach 1/3 Uhr nachmittags begonnene Versammlung ihr Ende.

Der 1. Mai — diesmal in Sachsen gesetzlicher Feiertag — wurde auch hier von der Arbeiterschaft festlich begangen. In den frühen Morgenstunden erklang Gesang von den umliegenden Höhen und abends fand ein Festhommers im Schützenhaus statt. Wohl gegen 700—800 Personen füllten den Saal. Die Vortragsfolge war der Würde des Tages angepaßt. Nach dem Verhören der stift gespielten Internationale durch das Weisheits-Salonorchesters sprach Fräulein Else Stenzel einen Prolog. Weiter hatten sich der Gesangsverein „Niederkrantz“, welcher einige gut gelungene Männerstücke zum Vortrag brachte, sowie der Turnverein „Frei auf“ und die Freien Turner Obercarsdorf zur Verfügung gestellt. Ihr exaktes Turnen am Pferd sowie das Reulenschwingen fanden reichen Beifall. Auch die Rezitationen des Herrn Heidrich, wo besonders die deutliche Aussprache lobend erwähnt sei, fand ungeteilten Applaus. Im Mittelpunkt stand die Festsprache des Herrn Erfurth. Ausgehend von der Bedeutung des 1. Mai kam er auf die gegenwärtige Konferenz in Genava zu sprechen, wo die Mächte über die Friedensmöglichkeiten verhandeln. Ein wahrer Frieden sei von dort nicht zu erwarten, nur wieder so ein Scheinfriede wie der von Versailles. Nur die internationale Arbeiterschaft wüßte den wahren Frieden, die Völkervereinigung. „In der Einigkeit liegt unsere Macht!“ Diesen Spruch solle jeder Arbeiter beherzigen, dann werde auch bald die Stunde der Befreiung schlagen. Den Schluß bildete ein Theaterstück: „Der verlorene Sohn.“ Dieses erste Stück stellte hohe Anforderungen an die Spieler. Sehr gut spielten der alte Tischlermeister Hansel und seine Frau, deren warme, mütterliche Stimme bei der Heimkehr des Sohnes und auch dann, als dieser das Vaterhaus wieder verlassen mußte, weil der Vater und Bruder ihn verachteten, auf jedes weiche Gemüt tiefgreifend wirken mußte. Ebenfalls gut wurde die Rolle des verlorenen Sohnes Heinrich gespielt. Dieses Theaterstück bildete einen schönen Abschluß des Abends, der nach 12 Uhr sein Ende erreichte.

**Dippoldiswalde.** Bei der Sparkasse erfolgten im April 458 Einzahlungen im Betrage von 430 532 M. 34 Pf. und 429 Rückzahlungen im Betrage von 429 502 M. 59 Pf.

Wie aus dem amtlichen Teil der hiesigen Nummer hervorgeht, gelangen am Donnerstag und Freitag dieser Woche neue Kohlenbezugscheine zur Verteilung. Die alten Scheine sind zurückzugeben, nur gegen diese werden neue ausgetauscht. Nach Ablauf der gestrigen Ausgabezeit erfolgt Abgabe des Scheines nur gegen Kosten. Die vielfach umlaufenden Gerächte, daß die Zwangsbewirtschaftung für Kohlen und Brennstoffe aufgehoben sei, oder binnen kurzem aufgehoben werde, bestätigt sich demnach nicht. Nur Koks, Kohlkohle usw. sind bezugscheinfrei. Wie wir hören, können den Betrieben und Haushaltungen auch im neuen Heijahre wieder nur die geringen Mengen des Vorjahres zugeteilt werden.

Die Diözesanversammlung findet Donnerstag den 18. 5. vormittags 10 Uhr im Saale der Reichstrone statt. Den Hauptvortrag hält Herr Amtsgerichtsrat Gilbert aus Lauenstein über: „Die Sonderung des Schulvermögens vom Kirchengute.“

**Schmiedeberg.** Tagesordnung zur Sitzung des Gemeinderates am 5. Mai. Mitteilungen. Wahl eines Arbeitnehmervertreters in den Erwerbslosenfürsorgeauschuss. Landgemeindevorstand. Gehaltsnachzahlungen betr. Wohnhausbau am Molchgrund. Landverpach ung. Gebäurenerhebung bei der Girokasse. Etwa noch Eingehendes. — Nichtöffentliche Sitzung.

**Reinberg, 1. Mai.** Infolge Blighlags wurde heute vor 25 Jahren das Gehöft des Wirtschaftsbesitzers Ernst Börner eingekauft.

**Reinhardtsgrimma, 1. Mai.** Mit heute sind 50 Jahre verflossen seit Einrichtung der hiesigen Postagentur. Der erste Agent war Kaufmann Kolze.

**Glashütte.** In der am Freitag stattgefundenen Sitzung des Stiftungsausschusses der Deutschen Uhrmacherschule wurde beschlossen, ungeachtet der außerordentlichen Schwierigkeiten, die sich der Ausführung des Erweiterungsbauwer entgegenstellen, diesen mit den vorhandenen bezw. bewilligten Mitteln unverzüglich zu beginnen. Die Ausschreibungen dürfen nächsten erfolgen.

**Lauenstein.** Die Amtshauptmannschaft Dresden hat dem hiesigen Stadgemeinderat Genehmigung bis Ende Juni d. J. zu einer Sammlung in Lauenstein zur Errichtung eines Kriegerdenkmals erteilt.

**Dresden.** Dem Landtage sind drei weitere Regierungsvorlagen zugegangen betr. die nachträgliche Einstellung von 1 800 000 M. für den Bau eines Beamtenwohnhauses in Borna; den Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Befoldungsperrgesetz betr. und betr. Änderungen des an den Landtag gebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Abänderung des Allgemeinen Berggesetzes vom 31. August 1910.

Der Umzug durch die Stadt zur Kaffee, die mit Ansprüchen an die sehr zahlreich Versammelten auf dem Altmarkt begann, ist ohne allen und jeden Zwischenfall, wie überhaupt in fast ganz Sachsen verlaufen.

Die mehrheitssozialistische Landtagsfraktion hat das Schreiben der demokratischen Landtagsfraktion vom 23. April folgendermaßen beantwortet: Wir bestätigen den Empfang Ihres Schreibens und teilen Ihnen mit, daß Ihre Auffassung, die jetzige Regierung sei verfassungswidrig, durchaus falsch ist. Ein näheres Eingehen auf das in Ihrem Schreiben Gesagte erübrigt sich also.

Der Landesverein Sächsischer Heimatschutz richtete ein Gesuch an das Finanzministerium um Schutz der Dresdner Seide, der Gefahr droht durch die beabsichtigte Ausgestaltung von Weißer Hirsch zu einem Weltbade mit Benutzung der Moorlager zu Badewägen und durch Hergabe von Waldgelände zu Siedlungsweiden.

An der mehrere hundert Jahre alten Grundmauer der Bienertmühle in Dresden-Plauen wurde ein aus Postar Sandstein ausgeführtes Ehrenmal mit den Namen der 71 Kriegssopfer des Betriebs geweiht.

In Blasewitz und Umgebung sind aus Gärten etwa 40 Wasserhähne gestohlen worden, ebenso viel Leitungsröhre, das die Diebe ausgegraben haben.

In Radeberg war am 1. Mai Jahrmart. Läden und Verkaufstände durften erst von 1 Uhr an geöffnet sein.

**Wilsdruff.** Hier kostet für April der Lichtstrom 6, der Kraftstrom 5 M., für Mai 8 und 7 M. Der Rat hatte je 1 M. noch mehr beantragt. (Wilsdruff bezieht seit kurzem den Strom von einer Zentrale und formt ihn um wie Dippoldiswalde.)

**Wilsdruff.** Ein räuberischer Überfall wurde am Freitagabend auf dem Sachsdorfer Weg in der Nähe des Steinbruches auf ein 18 Jahre altes Mädchen aus Sachsdorf verübt, das sein Fahrrad vor sich herschob. Ein Mann holte das Mädchen ein, griff es tötlich an und versuchte es über die Straße nach dem Steinbruch zu zerren. Durch die Hilferufe wurden zwei des Weges duherkommende Männer aufmerksam, bei deren Naben der Strauchdieb unerkannt die Flucht ergriff.

In Wilsdruff wurde mit ziemlicher Mehrheit in gemeinschaftlicher Sitzung der städtischen Kollegien das Beslangen der städtischen Gebäude am 1. Mai beschlossen.

**Rossen.** Auf dem Fabrikhof der hiesigen Klostermühle verletzten zwei Schulknaben mehrere Säde mit allem Eisen zu füllen und dasselbe auf einem in der Nähe stehenden Handwagen wegzuschaffen. Der hinzukommende Werkmeister verhinderte jedoch die Knaben und wies sie weg. Nach einer Weile kamen sie jedoch wieder, um mit derselben Dreifigkeit den Diebstahl auszuführen. Der Werkmeister schaltete den Jungen die Säde aus und fragte sie, wer ihnen dies erlaube. Daraufhin antworteten sie, sie seien von ihrem Vater beauftragt worden, Eisen vom Hofe der Klostermühle zu holen.

**Cunewalde.** Eine neue stürmische Sitzung hat der hiesige Gemeinderat abgehalten, die wieder mit einer neuen Obstruktion der bürgerlichen Gemeindevertreter endete. Die Linke erging sich in den ungeheuerlichsten Beleidigungen und gemeinlichen Beschimpfungen der bürgerlichen Vertreter, die niedergeschrien wurden, als sie zur Verteidigung übergingen. Daraufhin verließen diese die Sitzung. Dieser neue Zwischenfall ist der Aufsichtsbehörde mit dem Antrag auf Auflösung des Gemeinderates und Veranstellung einer Neuwahl unterbreitet worden.

**Lohenstein.** Am Dienstag nachmittag wurde der in Lohenstein-Neustadt stationierte Gendarmerieoberwachmeister Bernhard Müller ermordet. Müller wollte einen Streit schlichten und wurde dabei von einem Beteiligten durch Messerstiche so schwer verletzt, daß er in das Saalfelder Krankenhaus gebracht werden mußte, wo er am Mittwoch seinen Verwundungen erlegen ist.

**Leipzig.** Seit Freitag früh sind sämtliche Läden des großen über die ganze Stadt verbreiteten Konsumvereins Leipzig-Blagwitz geschlossen, da das Verkaufspersonal wegen Lohn-differenzen streikt.

## Der französische Störenfried.

Eine scharfe Note Poincarés an Lloyd George.

Die an Krisen und Zwischenfällen so reiche Konferenz von Genua ist durch die englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten über die von Lloyd George vorgeschlagene Einberufung des Obersten Rates, der die von Poincaré in Aussicht genommenen Sanktionen beraten soll, erneut in ein kritisches Stadium eingetreten. Zwar hat der Führer der französischen Delegation Barthou, der von Poincaré zur Berichterstattung nach Paris befohlen wurde, seine Abreise verschoben, bis die Antwort an Rußland von dem Unter Ausschluß für russische Angelegenheiten fertiggestellt ist, doch dürfte er voraussichtlich kaum wieder nach Genua zurückkehren.

Inzwischen hat nämlich Poincaré dem englischen Ministerpräsidenten eine scharfe persönliche Note überreichen lassen, in der er erklärt, daß er erkannt und rechtlich verurteilt sei, als er entzogen wurde, daß der englische Ministerpräsident die in Genua feierlich gegebenen Versprechungen umgehe und das Reparationsproblem in Genua erörtern lassen wolle. In den maßgebenden französischen Kreisen erklärt man, falls Barthou nach seiner Rückkehr nach Paris melden sollte, daß Lloyd George auf den Zusammentritt des Obersten Rates beharre, erscheine die weitere Teilnahme der französischen Abordnung an der Konferenz zweifelhaft, und ebenso zweifelhaft sei eine Rückkehr Barthous nach Genua.

Damit ist der Konflikt zwischen Lloyd George und Poincaré auf seinem Höhepunkt angelangt, und es muß sich jetzt erweisen, wer von beiden den Platz behauptet. Leider berechtigt die bekannte Unfallsucht des englischen Premierministers zu der Befürchtung, daß er auch diesmal Poincaré nachgeben wird, zumal er wegen seines innerpolitischen Prestiges „seiner“ Konferenz nicht gefährden darf. Andererseits ist anzunehmen, daß der stolze Waliser eine zweite Desabouierung nach dem Briand von Cannes, wo der führende Unterhändler Briand durch seine Regierung desabouiert worden ist, diesmal nicht stillschweigend hinnehmen wird.

### Die Antwort an Rußland.

In der letzten Sitzung der Ententebelegerten konnte noch keine Einigung über die endgültige Abfassung der Antwort an Rußland erzielt werden. Es lagen zwei Entwürfe vor, ein englischer und ein französischer. Auf Vorschlag des italienischen Ministers Schanzer wurde eine neue Unterkommission gebildet mit dem Auftrag, den französischen und den englischen Text in eine Form zusammenzufassen.

## Abreise Barthous.

In Genua zweifelt man an seiner Rückkehr.

Der Führer der französischen Abordnung in Genua Barthou ist am Sonntagabend nach Paris abgereist, um dem Ministerpräsidenten Poincaré eine genaue Darstellung der Lage zu geben. Nach seinen eigenen Angaben wird er spätestens Mittwoch nach Genua zurückkehren, doch will man in Konferenzkreisen an eine so schnelle Rückkunft Barthous nicht recht glauben.

Barthou hatte mit seiner Abreise erwartet, bis die Grundlage der endgültigen Antwort an die Russen feststand. Seine Reise hat vor allem den Zweck, die Pariser Regierung über das von Lloyd George vorgeschlagene Friedensabkommen und über die Einigung in der Friedensfrage zu unterrichten. Ueber die Einberufung der Signatarmächte des Versailler Friedensvertrages ist noch keine Einigung erzielt worden. Die französische Regierung schlägt vor, daß die Zusammenkunft nach dem 31. Mai abgehalten wird. Sollte sie vor dem 31. Mai stattfinden, dann wünscht Frankreich einen anderen Ort als Genua. Die britische Regierung vertritt gegenüber der französischen den Standpunkt, daß die Zusammenkunft unbedingt stattfinden müsse, bevor Deutschland außerstande sei, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Der Zweck sei, die Krise zu verjüngen. Genua sei deshalb der geeignete Platz für die Zusammenkunft der Signatarmächte, weil alle Regierungshäupter hier anwesend seien.

Trotz dieses nahezu unüberbrückbar erscheinenden Gegensatzes versichert Havana auf feierliche, daß die Berichterstattung über Unstimmigkeiten zwischen Poincaré und Barthou vollkommen falsch seien (?). Die Verständigung zwischen beiden habe nie einen Mißton erlitten. Mit diesen Versicherungen steht die Pariser Weise Barthous in seltsamem Widerspruch.

Rußland protestiert gegen die Ausschließung von den Beratungen.

Die russische Delegation hat gegen die Behandlung der russischen Angelegenheiten in der politischen Kommission erneut Protest eingelegt. Tschitscherin gibt in einem Schreiben an den Präsidenten der Konferenz de Facta folgende Bestrebungen darüber Ausdruck, daß die Arbeiten der Konferenz so langsam fortgehen, und daß die Russen zu den Verhandlungen der Unterkommission nicht hinzugezogen werden, die sich mit der russischen Frage beschäftigt, trotzdem sie in der politischen Kommission Sitz und Stimme haben. Die russische Delegation bezeichnet die Einberufung der ersten Kommission umso dringlicher, als die bisher von der Konferenz in der russischen Frage beobachtete Methode nicht geeignet sei, zu einem guten Ergebnis zu führen und der Resolution von Cannes nicht entspreche, die die positiven Ziele des Wiederaufbaues und der finanziellen Hilfestellung für die schwachen Länder an die erste Stelle setze. Wenn das Ausbleiben einer Antwort auf die russischen Gegenvorschläge und die Unterbrechung der Konferenzarbeiten bedeuten sollten, daß diese Vorschläge nicht mehr die Grundlage der Verhandlungen zwischen den Alliierten und Rußland bilden sollten, so wäre auch die russische Abordnung nicht mehr an ihre Vorschläge gebunden und würde ihre volle Handlungsfreiheit zurücknehmen.

### Teilweise Einigung in der russischen Frage.

Ueber die Antwort der Alliierten auf das russische Memorandum ist nach den letzten Meldungen bisher erst eine teilweise Einigung erzielt worden. Die Alliierten wollen den Russen Lebensmittel, Kleidung, Arzneien, landwirtschaftliche Maschinen usw. zur Verfügung stellen, sobald die Sicherheit wiederhergestellt und die Vorkriegsschulden anerkannt sind. Nach Abschluß eines entsprechenden Abkommens sind die verschiedenen europäischen Länder bereit, durch die Mittel des in London ins Leben gerufenen Konsortiums die Unternehmungen zu finanzieren, die dem Wiederaufbau dienen sollen. Die englische Regierung will etwa 40 Mill. Pfund Sterling Darlehen für englische Staatsangehörige zur Verfügung stellen, die in Rußland Handel treiben wollen. Frankreich kann Rußland Eisenbahnen, Maschinen, technisches Personal, 1200 Lokomotiven, 25 000 Güterwagen und 2500 Personenzüge liefern. Italien ist bereit, alle Unternehmungen zu unterstützen, die der Wiederherstellung der Verkehrswege dienen. Japan hat einen Kredit von 8 Millionen Yen für die russisch-japanische Handelsgesellschaft bewilligt. Die belgische Regierung hat einen Kredit von 250 Millionen bewilligt zur Ausfuhrerleichterung. Bezüglich der Kriegsschulden besteht aber noch ein englisch-französischer Gegenstand. Die Engländer sind für eine Verminderung, die Franzosen lediglich für einen Zahlungsausschub. Auch in der Eigentumsfrage ist noch keine Einigung erzielt worden.

## Paul Deschanel †.

Der frühere Präsident der französischen Republik Paul Deschanel ist in Paris im Alter von 65 Jahren an der Grippe gestorben.

Paul Deschanel war, wie selten ein französischer Politiker, vom Glück begünstigt, und dennoch erlag er einem tragischen Geschick. Schon in frühen Jahren in die Deputiertenkammer gewählt, schafften ihm seine elegante Erscheinung und seine Beredsamkeit bald eine angesehene Stellung in der Kammer. Nach drei Jahren Vizepräsidentenschaft wurde er im Jahre 1897 zum ersten Male Präsident der Deputiertenkammer. Vier Jahre füllte er diesen Posten mit glänzendem Geschick aus, 1912 wurde er erneut an diese Stelle berufen.

Seine Hauptarbeit widmete er der auswärtigen Politik. Er trat, wenn auch vielleicht in weniger scharfer Form, ähnliche Anschauungen wie Poincaré und Clemenceau, um Deutschland zu isolieren. Ministerposten hat er nie bekleidet. Sein Ehrgeiz war es, sich für den höchsten Ehrenposten der Republik aufzubewahren und als Präsident ins Elisee einzuziehen. Freilich unterlag er 1906 gegen Fallières und 1913 gegen Poincaré. Aber im Februar 1920 kam er an das Ziel seiner Wünsche, er wurde mit großer Mehrheit gewählt. Doch nun verfolgte den einst vom Glück so begünstigten das Mißgeschick. Nur wenige Monate war es ihm vergönnt, an der Spitze des Landes zu stehen. Zener seltsame Sturz aus dem sabenden Eisenbahnzug infolge eines Lähmungsanfalls zwang ihn, sich aus dem öffentlichen Leben zurückzuziehen; da ihm fortwährende Krankheit die Weiterführung der Amtsgeschäfte unmöglich machte, legte er den Präsidentenposten nieder. Ministerpräsident Millerand wurde Präsident der Republik.

Nachdem die Würde des Amtes ihm genommen war, besserte sich Deschanels Zustand schnell. Er wurde völlig wiederhergestellt und dachte sogar daran, wieder in die politische Laufbahn zurückzukehren. Vor 14 Tagen wurde er von einer heftigen Grippe befallen, der seine ohnehin schon geschwächte Gesundheit nicht mehr standzuhalten vermochte.

## Forderungen der Beamten.

### Erhöhung der Teuerungszulagen.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der Reichs-, Staats- und Gemeindebediensteten haben der Reichsregierung folgende neue Forderungen unterbreitet:

„Die seit Inkrafttreten der neuen Gehalts- und Lohnsätze zu verzeichnende Preissteigerung macht eine abermalige Erhöhung der Bezüge der Reichs-, Staats- und Gemeindebediensteten notwendig. Wenn auch die letzte Revision des Besoldungsgesetzes nicht alle grundsätzlichen Wünsche der Organisationen erfüllt hat, so sind diese doch überaus reichhaltig. Die seit Inkrafttreten der neuen Besoldungssätze sind die grundsätzlichen Fragen des Besoldungs- und Lohnsystems jetzt nicht aufzurollen sind. Die notwendigen Zulagen sind daher in der Form der Erhöhung der Teuerungszulagen zu gewähren. Was die Höhe der Zulagen betrifft, so ist zu berücksichtigen, daß die Kosten der Lebenshaltung sich seit Oktober um etwa 133 Prozent erhöht haben. Entsprechend ist das Einkommen eines Beamten der Gruppe III gegenüber der Oktoberregelung zu erhöhen. Von diesen Erhöhungen ausgehend, kommen die unterzeichneten Spitzenorganisationen zu folgenden Forderungen und erlauben die Regierung, mit ihnen in Verhandlungen hierüber einzutreten:

- a) Für alle Beamten, Beamten im Vorbereitungsdienst, Diakone und Pensionäre:
  1. Der allgemeine Teuerungszuschlag zu Grundlohn, Ortszuschlag und zu den Aenderzuschlägen ist auf 60 Prozent zu erhöhen.
  2. Der bisherige Sonderzuschlag auf die ersten 10 000 Mark ist in der Weise zu verändern, daß auf die ersten 15 000 Mark ebenfalls 60 Prozent (Sonderzuschlag) gewährt werden.
- b) Für die Angestellten: Die sich aus der Maßnahme zu a) ergebenden Beträge sind auf den Tarifvertrag der Angestellten entsprechend zu übertragen.
- c) Für die Arbeiter ist eine Lohnerhöhung zu gewähren, die im finanziellen Effekt der vorstehend genannten Erhöhung der Teuerungszulagen für die Beamten entspricht. Hieraus ergibt sich eine Durchschnittslohnerhöhung von 5 Mark für die Stunde.

An gemeinsamen Forderungen sämtlicher Kategorien werden noch folgende aufgestellt: „Die Gehalts- und Lohnverhöhungen sind mit Wirkung vom 1. Mai ab in Kraft zu setzen. Den Angestellten und denjenigen Beamten, die ihre Bezüge nachträglich erhalten, sind die Teuerungszulagen spätestens bis zum 15. jeden Monats zu zahlen.“

## Um die Kriegsschuldfrage.

Vor dem Münchener Schöffengericht spielt sich zurzeit ein Beleidigungsprozess ab, der die Frage der Kriegsschuld von neuem in den Mittelpunkt des politischen Interesses rückt. Die Verhandlung soll den Beweis erbringen, ob Kurt Eisner, der bekannte bayerische Ministerpräsident der ersten Münchener Revolutionsperiode, bei seiner Veröffentlichung eines bayerischen Besandtschaftsberichts aus den Vorkriegstagen durch Kürzungen den Sinn zu Ungunsten Deutschlands gefälscht habe, fernerhin, ob durch diese Veröffentlichung die Friedensbestimmungen ungünstig beeinflusst worden seien. Als Vertreter Eisners, der bekanntlich später einem Revolverattentat zum Opfer fiel, will sein einstiger Privatsekretär Fehenschlag in der Form einer Pressebeleidigungsklage die tatsächlichen Vorgänge klarstellen und den ehemaligen Führer der bayerischen Unabhängigen von dem Vorwurf der Fälschung reinigen.

Den Höhepunkt der Verhandlungen bedeutete die Vernehmung des früheren Legationssekretärs der bayerischen Besandtschaft in Berlin, des Grafen von Soden. Dieser gab Auskunft über die in der Besandtschaft abgeschlossene Besprechung Eisners mit dem Mitglied der Wassensillstandskommission von Stockhamern, in der Eisner nach den Aufzeichnungen des Zeugen erklärte, daß er durch Professor Förster in ständiger Fühlungnahme mit Clemenceau stehe, und daß Clemenceau ihn auf diesem Wege habe wissen lassen, daß derartige rückhaltlose Veröffentlichungen der früheren deutschen Machthaber, wie sie durch die Veröffentlichung des Besandtschaftsberichts in bezug auf die Schuld am Kriege erfolgt seien, die erste Vorbedingung zu einer wahren Wollerversöhnung seien. Eisner habe weiter erklärt, Clemenceau, Lloyd George und Wilson seien drei der größten Idealisten (?), die nicht daran dächten, das deutsche Volk zu vernichten.

Einen besonderen Eindruck machte die Erklärung des Freiherrn von Versner, der eingehend die demütigende Behandlung schilderte, die ihm und den anderen Mitgliedern der deutschen Friedensdelegation zuteil wurde. Der Zeuge führt diese Behandlung grobenteils auf die Veröffentlichung Eisners zurück.

Sehr bezeichnend für Eisner ist das Entschieden des Sachverständigen Graf Montgelas, der betonte, daß aus dem Besandtschaftsbericht in der Eisnerschen Veröffentlichung gerade die Stellen fortgelassen seien, aus denen klar hervorgehe, daß die Berliner Regierung den Krieg nicht wollte. Der gefälschte Bericht, bei dem eine ungemehne schwere Entstellung der ganzen Tendenz vorliege, habe eine verhängnisvolle Wirkung auf das Ausland ausgeübt, denn ein unparteiischer oder überholender Leser könne oder müsse daraus entnehmen, Deutschland und Oesterreich hätten eine Aktion gegen Serbien vorbereitet in der Hoffnung, daß daraus ein europäischer Krieg entstehen würde. Das angeblich aufputzende Telegamm Kaiser Wilhelms an den Wiener Bischof Franziskus, mit dem Reichshof auf Tisza einzuwirken versuchte, existiere nicht. Ebenso in dieser Form nicht der angebliche, ähnlich geartete Brief Kaiser Wilhelms an Karol von Rumänien. Großen Interesse begegnete auch der eingehende Nachweis des Grafen Montgelas, daß die falsche Nachricht von der deutschen Mobilmachung (Extrakt des „Berliner Lokalanzeigers“) nicht nach Petersburg gelangte, weil zu dieser Zeit bereits der Telegraph für die russische Mobilmachung gesperrt war.

Der Münchener Stadtarhivar Landtagsabgeordneter Dr. Durr bestätigte die Darstellung von Montgelas und legte dar, daß zur Vermeidung des Weltkrieges von Seiten der Entente entschieden viel mehr unterlassen und zur Herbeiführung des Weltkrieges viel mehr getan wurde als von deutscher Seite. Dies habe zwar Eisner in den Einzelheiten nicht alles überblicken können, aber allgemein sei doch Eisners Verzicht dahingegangen, alles zu unterdrücken, was Deutschlands Bemühungen zur Vermeidung des Weltkrieges und zur Isolierung auf einen Konflikt zwischen Oesterreich und Serbien betreffe.

## 47 Stunden Arbeitszeit.

Der Streit in der süddeutschen Metallindustrie. — Ein Vorschlag des Arbeitsministers.

Im süddeutschen Metallgewerbe wird zurzeit ein großer sozialer Kampf ausgetragen, dessen Ausgang prinzipielle Bedeutung für Arbeitsregelungen haben dürfte.

Nachdem die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern in Heidelberg ergebnislos verlaufen sind und auch die Abstimmung der Arbeiterschaft über den damaligen Vorschlag der Arbeitgeber eine starke Mehrheit gegen den Vorschlag ergeben hat, hat der Reichsarbeitsminister nunmehr an alle Streitkreise die Aufforderung gerichtet, sich in der hauptsächlichsten Streitfrage, der Neuregelung der Arbeitszeit, im Wege gegenseitigen Entgegenkommens zu verständigen. Der Vorschlag trägt einerseits der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit einer vollen Ausnutzung des 8-Stundentages möglichst Rechnung, berücksichtigt aber auch die bisherige Regelung der Arbeitszeit und die Anschauungen der beiden Streitparteien. Er geht dahin, daß die wöchentliche Arbeitszeit zunächst auf 47 Stunden festgesetzt und darüber hinaus für alle Fälle, in denen betriebstechnische oder allgemein wirtschaftliche Gründe Mehrarbeit erfordern, die Verpflichtung zur Verrichtung einer weiteren Arbeitsstunde anerkannt wird. Diese Arbeitsstunde soll nach vorheriger Rücksprache mit der geschäftlichen Betriebsleitung geleistet und wie eine tarifliche Überstunde bezahlt werden.

Bei Streit über die Notwendigkeit dieser Mehrarbeit, der nicht durch Anrufung der Gewerkschaften beigelegt ist, soll der zuständige Gewerbe-Ausschichtsbeamtete entscheiden. Bei guter Konjunktur der Metallindustrie soll eine Vermutung für die Notwendigkeit sprechen, sofern nicht Unterlagen dafür beigebracht werden, daß der einzelne Betrieb an der guten Konjunktur keinen Anteil hat. Hinsichtlich weiterer Überstunden soll es bei der tarifli-

nen Regelung bedenden. Die Gewerkschaften sollen aber bei ihren Mitgliedern und bei den Betriebsvertretungen dahin wirken, daß die nach den wirtschaftlichen Verhältnissen notwendigen Ueberstunden unter den gesetzlichen Voraussetzungen geleistet werden.

Der Reichsarbeitsminister legt beiden Parteien dringend nahe, ersichtlich zu prüfen, ob sie nicht einer Regelung auf dieser Grundlage zustimmen und damit eine Verlängerung oder Verschärfung des derzeitigen Kampfes verhüten können. Er weist darauf hin, daß die Vorteile, die durch eine Beilegung der Streitigkeiten für die Parteien selbst und darüber hinaus für die Allgemeinheit erreicht würden, so große seien, daß dadurch das dem grundsätzlichen Standpunkt gebrachte Opfer bei weitem aufgewogen würde.

## Politische Rundschau.

Die Berliner Korrespondenten amerikanischer Zeitungen gaben dem vor seiner Abreise nach Amerika stehenden neuen deutschen Botschafter Wiedfeld ein Abschiedsessen.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes hat die Absicht, von der Finanzministerkonferenz in Weimar nicht sofort nach Genua zurückzukehren, sondern will sich zunächst nach Berlin begeben.

Der zur Prüfung der Geschäftsführung des früheren Ernährungs- und jetzigen Finanzministers Hermes eingesetzte parlamentarische Untersuchungsausschuß wird am 2. Mai über die Weimarer Verhandlungen des Reichsverbandes an Hermes beraten.

Zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen ist der Rentruksabgeordnete Arbeitersekretär Gronowki ernannt worden.

Der Berliner Stadthaushalt für das Jahr 1922 befreit sich auf rund 12 Milliarden Mark.

**Neue Eisenbahntarife - Tarifserhöhungen ab 1. Juni?** Die von unterrichteter Seite berichtet wird, werden in den beteiligten Stellen des Reichsverkehrsministeriums augenblicklich neue Tarifserhöhungen ab 1. Juni erwogen, die sich indes auch diesmal wieder auf die Gütertarife beziehen und ungefähr 20 Prozent betragen sollen. Diese Erhöhung der Gütertarife soll einen Ausgleich schaffen für die bevorstehende Erhöhung der Beamtengehälter und Arbeiterlöhne, wodurch auch der Eisenbahnverwaltungen erhebliche Mehraufgaben erwachsen. Die Personentarife sollen auch diesmal von einer Erhöhung verschont bleiben.

**Protest gegen das Saarparlament.** Eine von mehreren tausend Personen besuchte Versammlung des Kartells der freien Gewerkschaften in Saarbrücken hat in einer einstimmig angenommenen Entschließung die Regierungskommission aufgefordert, die Verordnung über die Errichtung eines Saarparlamentes zurückzuziehen und unter Hinzuziehung der Vertreter der Parteien einen neuen Entwurf auszuarbeiten. In der Entschließung wird erklärt, daß die Arbeiterschaft zur Durchführung dieser Forderung in schärfster Kampfform treten werde. Die Vorstände der Parteien werden aufgefordert, die Kräfte des arbeitenden Volkes zu sammeln, um in geeigneter Weise die Erfüllung ihrer Forderungen durchzusetzen, in schärfster Kampfform gegen die Diktatur der Regierungskommission und gegen die politische und wirtschaftliche Knebelung der werktätigen Massen an der Saar zu erheben, müsse die Parole lauten.

**Eine kalte Aufnahme für Poincaré.** Die gewiß nicht deutschfreundliche Londoner „Times“ muß sich jetzt aus Paris melden lassen, daß die Rechtsachverständigen der Reparationskommission in dieser ihren Bericht dahin erstatten werden, daß sie in dem deutsch-russischen Vertrag nichts finden, was mit dem Vertrag von Versailles unvereinbar sei, vorbehaltlich befriedigender Antworten von den Deutschen über bestimmte Punkte. — Die Botschafterkonferenz hat den französischen Vorschlag, die Botschafterkonferenz mit der Prüfung des deutsch-russischen Vertrages zu betrauen, mit der Begründung abgelehnt, daß Lloyd George als Antwort auf die französische Anregung, die ihm übermittelt worden war, eine Versammlung des Obersten Rates in Genua vorgeschlagen habe.

**Reichsregierung und Autonomiefrage.** Auf eine persönliche Anfrage schlesischer Abgeordneter beim Reichsminister Dr. Köster über die Stellung der Reichsregierung zur Autonomiefrage für Oberschlesien hat der Minister geantwortet, daß die Regierung ihr gegebenes Versprechen unbedingt halten wird und Oberschlesien noch in diesem Sommer voraussichtlich die Selbstbestimmung erhalten wird, über die Art seiner Verwaltung zu entscheiden. Die Autonomieabstimmung wird vom Reich beschützt werden.

**Der Zusammentritt des Reichstages verschoben.** Angesichts der Verhandlungen von Genua hat der Reichstag den Zusammentritt des Reichstages verschoben, daß in dieser Woche keine Vollsitzungen stattfinden sollen, dagegen werden die Ausschüsse und Kommissionen wie vorgesehen tagen. Ende nächster Woche soll der Reichstag erneut zusammentreten, um zu der bis dahin gekläerten Lage Stellung zu nehmen.

**Dänemark und Polen.** Die polnische Gesandtschaft in Berlin hatte sich hier beim Auswärtigen Amt über die Rede beschwert, die der ostpreussische Oberpräsident Stehr bei der Eröffnung des ostpreussischen Provinziallandtages in Königsberg gehalten hatte. Auf diese Rede hat das Auswärtige Amt geantwortet, daß es in der Rede des Oberpräsidenten keine aggressiven Töne erblicken könne. Die Rede drücke nur die Befürchtung aus, daß polnische Elemente durch einen Gewaltakt versuchen würden, Ostpreußen an sich zu reißen. Diese Befürchtung wurden genährt durch die Nachrichten der polnischen Presse über angebliche deutsche militärische Vorbereitungen in Ostpreußen sowie Funksprüche aus Warschau mit ähnlichem, ganz unhaltbaren Behauptungen, dazu schließt sich eine aggressive Rede des Generals B. Igowski im polnischen Sejm, in der der General behauptete, Deutschland sei jederzeit bereit, Zusammenstoß mit Polen herbeizuführen. Aus diesen, völlig aus der Luft gegriffenen Behauptungen sei ganz im Gegenteil auf eine Angriffsabsicht seitens Polens zu schließen.

**Der Landgemeindevorstand gegen die Getreidemulage.** Der Gesamtverband des Preussischen Landgemeindevorstandes, der mehr als 14000 einzelne Gemeindevorstände und Körperliche Gemeinden als Mitglieder zählt, hat in seiner am 28. April in Berlin abgehaltenen Sitzung beschlossen, die Regierung dringend vor einer Getreidemulage für das Jahr 1922 zu warnen. Im letzten Jahre hätten sich schon die Schwierigkeiten für die Durchführung der Umlage gesteigert, daß die Gemeindevorstände von ihren Gemeinden getrennt worden seien. Eine Umlage würde die Landgemeinden in eine solche Erregung bringen, daß diese sich auch gegen die Gemeindevorwaltung richten würde, so daß eine reibungslose Durchführung nicht allein die Umlage, sondern auch die Gemeindevorwaltung auf das ernsteste gefährden würde und der Gemeindevorstand nicht mehr in der Lage sein würde, für eine geordnete Verwaltung einzustehen. Der Preussische Landgemeindevorstand halte es für seine Pflicht, die Regierung vor den Folgen einer neuen Umlage auch nach dieser Richtung hin dringend zu warnen.

**Der Völkerrundrat wird am 11. Mai in Genf zu seiner 18. Tagung zusammentreten.** Auf der Tagesordnung steht u. a. eine Reihe von Fragen bezüglich der freien Stadt Danzig.

**Die Nachfolgestaaten des ehemaligen österreichisch-ungarischen Zollgebietes beabsichtigen, da sie mit den Beschlüssen des Wirtschaftsausschusses unzufrieden sind, eine spätere Konferenz nach Genua einzuberufen.**

**In der irischen Grafschaft Cork wurden als Repräsentanten für die Vorkonferenzen in der Hofstadt Belfast acht führende Protestanten erwählt.**

**Schweiz: Der Bundespräsident ergoß die französischen Absichten.**

Auf dem offiziellen Bankett der Schweizerischen Muttermessen in Basel hat der Schweizerische Bundespräsident die Gelegenheit wahrgenommen, um den Plänen der französischen Regierung, die auf eine Bevorzugung des Straßburger Hafens zuzunehmen, die sich hinziehen, entgegengesetzt zu wirken. Unter allgemeinem Beifall erklärte er, daß die Schweizerische Regierung darüber wache, daß die Zufahrt zum Baseler Rheinhafen für alle Zukunft gesichert und unabhängig erhalten werde. Diese energische Sprache dürfte in Paris ihre Wirkung nicht verfehlen.

**Frankreich: Belgisch-französische Wirtschaftsentente.**

Entsprechend dem politisch-militärischen Bündnis zwischen Frankreich und Belgien soll nun auch auf wirtschaftlichem Gebiete eine engere Verbindung der beiden Nachbarländer erfolgen. Nach dem „Comptoir“ hat Ministerpräsident Poincaré eine Abordnung der belgisch-französischen Wirtschaftskommission in Brüssel entsandt, die sich ihm gegenüber über die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Entente Frankreichs und Belgiens ausgesprochen hat. Poincaré erklärte seine Zustimmung und fügte hinzu, daß die Verhandlungen unverzüglich aufgenommen werden sollten.

**Verkehrsbeschränkung in Katten.**

Katten, 30. April. Infolge der Verwundung eines belgischen Unteroffiziers durch einen Belgier hat die belgische Besatzungsbehörde den Verkehr in den Straßen in der Zeit nach 10 Uhr abends untersagt.

**Stuttgart als Sitz des Reichsverwaltungsgerichts.**

Berlin, 30. April. Das neue Reichsverwaltungsgericht wird nach einem Beschluß des Reichskabinetts seinen Sitz in Stuttgart erhalten.

**Rußland und der Vatikan.**

Rom, 30. April. Wie bestimmt verlautet, hat Pius XI. mit dem Heiligen Stuhl ein Abkommen geschlossen, das der katholischen Kirche in Rußland volle Freiheit gewährleistet. Die katholischen Orden der Schwestern und der Franziskaner stehen unter dem Schutze der Sowjetregierung und dürfen Schulen und Wohlfahrtsanstalten organisieren. Der Heilige Stuhl erkennt die bestehende Regierung in Rußland an und ernennt einen Nuntius, der in Moskau sich niederlassen wird. Die Sowjetregierung erhält das Recht, bei der Aukle in Rom einen besonderen diplomatischen Bevollmächtigten zu unterhalten.

**Englisch-französische Gegenpart in der Russenfrage.**

Genua, 30. April. Das zur Abfassung der Antwortnote an Rußland eingesetzte Redaktionskomitee steht vor einer schweren Aufgabe: die englische und französische Denkschrift, die in der Note zusammengefaßt werden sollen, weichen in wesentlichen Punkten voneinander ab. Die Engländer machen in ihrem eigenen sowie im Namen ihrer Alliierten bestimmte Kreditversprechen, Frankreich enthält sich jedes Kreditversprechens und will nur Werkzeuge und Anzeigen nach Rußland senden. Ferner will England die russischen Kriegsschulden bedeutend vermindern, und zwar, um dem Verlangen der Russen Rechnung zu tragen und Entschädigungen für die gegenrevolutionäre Bewegung zu gewähren. Frankreich dagegen will von einer Verminderung der russischen Kriegsschulden nichts wissen, sondern nur eine Zahlungserleichterung gewähren. Endlich erklären sich die Engländer bereit, das in Rußland sozialisierte Eigentum ausländischer Staatsangehöriger den früheren Eigentümern auf 99 Jahre in Erbpacht zu geben, wohingegen die Franzosen die bedingungslose Erstattung aller konfiszierten Güter fordern.

**Operation Lenin.**

Moskau, 30. April. Der russische Volkskommissar Lenin ist von dem Berliner Chirurgen Prof. W. Borchardt mit Erfolg operiert worden, der ihm ein Geschloß aus der Achsel entfernt hat.

**Bürgerkrieg in China.**

London, 30. April. Wie aus Peking gemeldet wird, kam es zwischen den Regierungstruppen und den Aufständischen zu schweren Kämpfen, in die auch die schwere Artillerie eingriff. Nach Berichten aus Kanton nahmen die Anhänger Sun-Yat-Sens Schiffe des nördlichen Geschwaders und machten die Bemannung zu Gefangenen.

**Ein Aufruf an die deutschen Oberschlesier.** Der Deutsche Ausschuß für Oberschlesien hat angesichts des bevorstehenden Vollzugs der Genfer Entscheidung über die Rückgliederung Oberschlesiens, einen Aufruf zur Beilegung der Bevölkerung erlassen, in dem es u. a. heißt:

„Die deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens wenden sich in dieser schweren Stunde noch einmal an die deutsche Bevölkerung mit der eindringlichen Aufforderung, mühselige Ruhe und Ordnung zu bewahren. Wer zur Waffe greift, wer Ruhe und Ordnung stört, schadet seinen Volksgenossen und bringt neues Unglück über unser Land. Wer derartige Vorkommnisse oder unterläßt, stellt sich außerhalb der Gemeinschaft aller rechtlich denkenden Menschen. Die gesamte Bevölkerung muß einmütig sein in der Beurteilung solcher Taten und in dem Willen zur Ruhe und der Vernunft.“

Der Aufruf ist von sämtlichen bürgerlichen Parteien, der Sozialdemokratischen Partei, den Gewerkschaftsverbänden und dem Vorsitzenden des deutschen Ausschusses unterzeichnet.

**Der Reichsfinanzminister in Berlin.** Reichsfinanzminister Hermes ist von der Würzburger Finanzministerkonferenz der Einzelstaaten nicht nach Genua zurückgekehrt, sondern hat sich nach Berlin begeben. Dr. Hermes beabsichtigt, den Parteiführern Mitteilungen über seine Eindrücke in Genua zu machen und anschließend an der Beratung des Etats des Reichsfinanzministeriums im Hauptausschuß des Reichstages teilzunehmen.

**Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses.** Voraussichtlich wird der Auswärtige Ausschuß des Reichstages zu einer Beratung zusammentreten, um zu dem Abschluß der deutsch-polnischen Vereinbarungen über Oberschlesien, der demnächst in Genf zu erwarten ist, Stellung zu nehmen. Der Tag dafür ist noch nicht bestimmt.

**Der apostolische Nuntius in Danzig.** Der apostolische Nuntius in Polen hat an den Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig ein Schreiben gerichtet, in dem er ihm mitteilt, daß der Papst Pius XI. den Titularbischof von Kanea Edward D'Hourke zum apostolischen Verwalter des Gebiets der Freien Stadt Danzig ernannt hat.

Die ungarischen Wahlen sind für Ende Mai angelegt.

Zwischen der Regierung des irischen Freistaates und den radikalen Republikanern, die durch die Valera vertreten waren, fanden ergebnislose Einigungsverhandlungen statt.

**China: Der chinesische Bürgerkrieg.**

An der Front von Nanchang, etwa 100 Kilometer südlich von Peking, bis nach Peking zu, wird fortgesetzt gekämpft. Die britische Gesandtschaft empfahl den Engländern, die außerhalb Pekings wohnen, in die Stadt hinauszukommen. Der Kampf zwischen den Truppen Wu Pei-fu und Chang Tso-lin ist dadurch in Gang gekommen, daß Wu Pei-fu einen plötzlichen Angriff ausführte. Verwundete aus dem Heer Chang Tso-lins sind bereits in Peking eingetroffen.

**Japan: Kein Sonderbündnis mit Deutschland und Rußland.**

In der amerikanischen Presse war mit aller Bestimmtheit behauptet worden, daß Japan ein Sonderbündnis mit Deutschland und Rußland geschlossen habe. Demgegenüber stellt der japanische Außenminister in aller Form fest, daß es sich bei dieser Meldung um ein leeres Gerücht der amerikanischen Presse handelt.

## Volkswirtschaft.

**Wochenbericht des Deutschen Landwirtschaftsrates.** Nachdem die Getreidepreise in Anbetracht an die Preisbewegungen auf- und abgeschwankt, sich dabei aber doch noch einigermaßen behauptet hatten, begann mit dem Eintritt der jetzigen Berichtsperiode ein energischer Preisrückgang, der in scharfen Sprüngen die Preislage des Weizens von 763-770 auf 635 bis 640 Mark, also um ca. 130 Mark pro Zentner, zurückdrängte. Der Grund war auch diesmal wieder der Dollar gewesen, dessen Kurs sich in derselben Zeit von 281,5 auf 252,5 Mark senkt hatte. Veranlassung hierzu gab offenbar das vermehrte Vertrauen, welches man im Auslande in die deutschen Verhältnisse seit der Anerkennung des russisch-deutschen Wirtschaftsabkommens und seit der Hoffnung auf einige Erfolge für Deutschland bei den Verhandlungen der Genua-Konferenz setzte. Der Rückgang des Dollars führte die Rentabilität der Auslandsoperationen, obwohl deren Ertragspreise merklich gesteigert waren, herbei und drückte dadurch mehr auf den Markt, als die Mähen ohnehin durch das billige zweihändige Mehlangebot sich von neuen Anschaffungen in Getreide zurückhielten. Seit Dienstag änderte sich indessen die Marktlage in kasser Weise, und zwar zeigte es sich wiederum, daß nur ein einziger Faktor, nämlich der Wert des Dollars, maßgebend für die Getreidepreise blieb, indem er wieder in die Höhe ging und mit 282 Mark also wieder reichlich so hoch wie vor acht Tagen schloß. Dementsprechend wurden auch die Getreidepreise wieder fest, weil alle noch im Markt befindlichen verhältnismäßig billigen Offerten schon beim Beginn der neuen Dollarsleistung aus dem Markt genommen wurden und weiteres Angebot aus den Provinzen sich entweder ganz zurückzog oder beträchtliche Mehrforderungen stellte.

**Keine Verbilligung der Hausbrandkohle.** Auf eine Anregung des Reichstages war die Regierung in Erwägung darüber eingetreten, ob nicht eine Preisbevorzugung der Hausbrandkohle möglich wäre. Diese Erwägungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß eine unterschiedliche preisliche Behandlung der Hausbrandkohle leider nicht durchführbar ist.

## Aus Stadt und Land.

**Zusammenstoß mit Kartoffeldieben.** Ein Angestellter eines pommerischen Gutes hatte ein folgenschweres Zusammenreffen mit Kartoffeldieben. Zwölf Männer und Frauen aus Kolberg begannen auf dem Rittergut Johannisdorf zahlreiche Kartoffeldiebstähle. Der Gutsgärtner gab auf die Diebe Schüsse ab, durch die der Steinschläger Publig erschossen und dessen Vater tödlich verletzt wurde.

**Millionendiebstahl auf einem märkischen Schloß.** Ein großer Diebstahl, bei dem der Täterin eine Beute im Werte von drei bis vier Millionen Mark in die Hände fiel, ist auf einem Schloß in der Nähe von Gladow an der Havel verübt worden. Ein Dienstmädchen benutzte eine günstige Gelegenheit, um aus dem Ankleidezimmer der Schloßherrin einen großen Teil

des Familienschmucks zu stehen. Es gelang der Dietrix zu entkommen. Auf die Wiederbeschaffung der Gegenstände oder für Angaben, die zur Ergreifung der Täterin führen können, ist eine Belohnung von 150 000 Mark aufgesetzt worden.

**Gedenktafel für den 1. Mai.**

1218 + Rudolf I. von Habsburg auf Schloss Elmsburg († 1291) — 1873 + Der Aristokratische David Klingenstein am Bangweolesee in Afrika (\* 1813) — 1904 + Der Kompanist Anton Dvorak in Prag (\* 1841) — 1918 Die Deutschen des jenseitigen Ostpreußen.

**Gedenktafel für den 2. Mai.**

1519 + Der Maler, Bildhauer und Architekt Leonardo da Vinci in Clos-Lucé (\* 1452) — 1668 Der erste Friede zu Westfalen beendet den Dreißigjährigen Krieg — 1729 + Katharina II., Kaiserin von Rußland († 1796) — 1898 + Der Dichter Julius Sturm in Leipzig (\* 1816) — 1915 Durchbruchschlacht von Gorlice-Tarnob. — 1919 Friedensverhandlungen zwischen Deutschland und der Entente in Versailles.

**5. Klasse 180. Sächsl. Landes-Lotterie.**

Die Nummern, hinter welchen kein Gewinn steht, sind mit 500 Mark gezogen worden. (S. Liste der Nummern. — Rückzahlung sofort.)

17. März Freitag den 29. April 1922.

50000	Mr.	101767	Max Woytow, Leipzig.
10000	Mr.	20768	Gerhard Straube, Leipzig.
10000	Mr.	18159	Gertr. A. Czer, Freiberg.
5000	Mr.	19149	Robert Lehner, Leipzig.
5000	Mr.	61838	Karl Heide, Freiberg.
5000	Mr.	111866	Carl & Co., Freiberg.
5000	Mr.	113488	Carl Kraus, Leipzig u. Leipzig.

1000	Mr.	101767	Max Woytow, Leipzig.
1000	Mr.	20768	Gerhard Straube, Leipzig.
1000	Mr.	18159	Gertr. A. Czer, Freiberg.
1000	Mr.	19149	Robert Lehner, Leipzig.
1000	Mr.	61838	Karl Heide, Freiberg.
1000	Mr.	111866	Carl & Co., Freiberg.
1000	Mr.	113488	Carl Kraus, Leipzig u. Leipzig.
1000	Mr.	101767	Max Woytow, Leipzig.
1000	Mr.	20768	Gerhard Straube, Leipzig.
1000	Mr.	18159	Gertr. A. Czer, Freiberg.
1000	Mr.	19149	Robert Lehner, Leipzig.
1000	Mr.	61838	Karl Heide, Freiberg.
1000	Mr.	111866	Carl & Co., Freiberg.
1000	Mr.	113488	Carl Kraus, Leipzig u. Leipzig.

724	178	822	928	621	302	4379	277	712	178	817	302	126	19000	226	408	498
181	270	928	822	498	471	648	344	181	172	648	344	181	172	648	344	181
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
974	329	289	645	10079	702	748	544	644	2000	102	658	408	530	110	810	200
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
181	270	928	822	498	471	648	344	181	172	648	344	181	172	648	344	181
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
974	329	289	645	10079	702	748	544	644	2000	102	658	408	530	110	810	200
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
181	270	928	822	498	471	648	344	181	172	648	344	181	172	648	344	181
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
974	329	289	645	10079	702	748	544	644	2000	102	658	408	530	110	810	200
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
181	270	928	822	498	471	648	344	181	172	648	344	181	172	648	344	181
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
974	329	289	645	10079	702	748	544	644	2000	102	658	408	530	110	810	200
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
181	270	928	822	498	471	648	344	181	172	648	344	181	172	648	344	181
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
974	329	289	645	10079	702	748	544	644	2000	102	658	408	530	110	810	200
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
181	270	928	822	498	471	648	344	181	172	648	344	181	172	648	344	181
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
974	329	289	645	10079	702	748	544	644	2000	102	658	408	530	110	810	200
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
181	270	928	822	498	471	648	344	181	172	648	344	181	172	648	344	181
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
974	329	289	645	10079	702	748	544	644	2000	102	658	408	530	110	810	200
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
181	270	928	822	498	471	648	344	181	172	648	344	181	172	648	344	181
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
974	329	289	645	10079	702	748	544	644	2000	102	658	408	530	110	810	200
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
181	270	928	822	498	471	648	344	181	172	648	344	181	172	648	344	181
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
974	329	289	645	10079	702	748	544	644	2000	102	658	408	530	110	810	200
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
181	270	928	822	498	471	648	344	181	172	648	344	181	172	648	344	181
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
974	329	289	645	10079	702	748	544	644	2000	102	658	408	530	110	810	200
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
181	270	928	822	498	471	648	344	181	172	648	344	181	172	648	344	181
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
974	329	289	645	10079	702	748	544	644	2000	102	658	408	530	110	810	200
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
181	270	928	822	498	471	648	344	181	172	648	344	181	172	648	344	181
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
974	329	289	645	10079	702	748	544	644	2000	102	658	408	530	110	810	200
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
181	270	928	822	498	471	648	344	181	172	648	344	181	172	648	344	181
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
974	329	289	645	10079	702	748	544	644	2000	102	658	408	530	110	810	200
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
181	270	928	822	498	471	648	344	181	172	648	344	181	172	648	344	181
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
974	329	289	645	10079	702	748	544	644	2000	102	658	408	530	110	810	200
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
181	270	928	822	498	471	648	344	181	172	648	344	181	172	648	344	181
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
974	329	289	645	10079	702	748	544	644	2000	102	658	408	530	110	810	200
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
181	270	928	822	498	471	648	344	181	172	648	344	181	172	648	344	181
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
974	329	289	645	10079	702	748	544	644	2000	102	658	408	530	110	810	200
674	600	911	835	6707	394	213	186	244	430	670	688	916	304	180	829	198
181	270	928	822	498	471	648	344	181	1							

## Politische Rundschau.

— Abbd George beabsichtigt, auf der Rückreise von Genua nach München und Oberammergau zu kommen.  
— Am 25. Mai werden in Wittenberg die Vertreter der evangelischen Landeskirchen sämtlicher deutschen Staaten zusammenzutreten, um den Zusammenschluß der evangelischen Landeskirchen Deutschlands zu vollenden.  
— Zwei Pastoren der evangelischen Kirche in Stettin wurden vorläufig ihres Amtes enthoben, weil sie am Karfreitag nicht in der Kirche erschienen waren, so daß der Küster verkünden mußte, der Gottesdienst müsse ausfallen.  
— „Daily Chronicle“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß Krassin als erster Gesandter der Sowjetrepublik in Berlin vorgesehene ist und daß seine Ernennung in den nächsten Tagen erfolgt.

— **Deutschland und der Völkerbund.** Nach englischen Meldungen ist man in den Kreisen der Alliierten, mit Ausnahme Frankreichs, einer Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund nicht mehr abgeneigt. „Manchester Guardian“ will sogar aus Genua erfahren haben, es würden Anstrengungen gemacht, um Deutschland zu veranlassen, vor der Septembertagung der Völkerbundversammlung um Aufnahme in den Völkerbund nachzusuchen. — So lange nicht die Gewähr dafür geboten ist, daß Deutschland im Völkerbund die volle Gleichberechtigung wie alle übrigen Mitglieder des Völkerbundes genießen soll, dürfte die deutsche Regierung die Aufnahme in den Völkerbund kaum erkröhen.

— **Der Reichsschulsausschuß** ist unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Schulz im Reichsministerium des Innern zu seiner 5. Tagung zusammengetreten. Zu Beginn der Verhandlungen machte die Reichsregierung Mitteilungen über den jetzigen Stand folgender Angelegenheiten: Lehrerbildung, Dauer der Ferien, Schulpflicht für Blinde und taubstumme Kinder, Einheitskurzschrift. Alsdann wurde die Ergänzung und Veränderung der Vereinbarung der Bundesregierungen über die gegenseitige Anerkennung der Reifezeugnisse vom 22. Oktober 1909 (deutsche Oberschule, Aufbauschule, freiere Gestaltung des Lehrplanes der oberen Klassen der höheren Lehranstalten) erörtert.

— **90 Papiermilliarden Reichseinnahmen.** Auf der Finanzministerkonferenz der Länder in Würzburg teilte Reichsfinanzminister Dr. Herme mit, daß nach einem vorläufigen Abschluß für das Rechnungsjahr 1921 die Einnahmen des Reiches aus Steuern und Abgaben annähernd 90 Milliarden betragen haben, was gegenüber einem Voranschlag von nur 56,6 Milliarden ein Mehr um etwa 60 Prozent bedeutet. Die Einkommensteuer ist daran mit rund 28 Milliarden beteiligt und die Umsatzsteuer mit fast 12 Milliarden. Wenn dieses Ergebnis auch zum Teil auf die Geldentwertung zurückzuführen ist, so stellen sie nach Ansicht des Reichsfinanzministers doch einen sichtbaren Beweis dafür dar, daß die Finanzverwaltung des Reiches nunmehr steht und läuft. Man dürfe hiernach die sichere Hoffnung hegen, daß es nicht lange mehr dauern werde, bis auch die letzten Schwierigkeiten der Umstellung überwunden sein werden. Dann werde auch die Erkenntnis allgemein werden, daß es nicht sowohl ein willkürlicher und allseitiger Unitarismus als vielmehr die unausweichliche geschichtliche Notwendigkeit gewesen sei, die zu der gegenwärtigen Finanzverfassung im Reich geführt hat.

## Rente und Teuerung.

— **Fünf Milliarden für Militärrentner.** Der Reichsrat hat in seiner letzten Sitzung eine Reihe wichtiger Teuerungsmassnahmen beschlossen, und zwar handelt es sich in der Hauptsache um eine Erweiterung der Elternrente und eine Umgestaltung der Militärrenten.

Mit Rücksicht auf den gesunkenen Geldwert wurde im Reichsversorgungsgesetz die Erweiterung beschlossen, daß das Mindesteinkommen für den Bezug der Elternrente von 3000 auf 4000 M. erhöht wird. Weiter wurde die Grenze, bei der die Rente völlig ruht, von 5000 Mark auf 8500 Mark Jahreseinkommen bei einem unverheirateten kinderlosen Rentnerberechtigten erhöht. Im Fall der Verheiratung kommen für die Frau 2400 Mark und für jedes Kind 3000 Mark hinzu. Diese Bestimmungen gelten rückwirkend vom 1. April ab.

Annahme fand ein Gesetz über die Teuerungsmassnahmen für Militärrentner. Es bringt die bisherigen Verwaltungsmassnahmen in gesetzgeberische Formen. Besondere Teuerungszuschüsse sollen nicht mehr allgemein, sondern nur an wirklich Bedürftige gegeben werden. Als bedürftig sollen gelten: völlig erwerbslose Kriegsbeschädigte und erwerbsunfähige Witwen. Weitergehende Forderungen der Organisationen der Kriegsbeschädigten wurden mit Rücksicht darauf, daß sie das Reich mit 7 Milliarden belasten würden, abgelehnt. Die Regierung hofft, bei ihren Vorschlägen mit 5 Milliarden auszukommen. Der Reichsrat fügte in das Gesetz die Bestimmung ein, daß Versorgungsberechtigte, die arbeitsfähig sind, keinen Teuerungszuschuß erhalten, wenn sie die Übernahme einer ihnen nachgewiesenen geeigneten Arbeit ablehnen oder ihren Arbeitsplatz schuldhaft verloren haben. Die Durchführung des Gesetzes wurde dem Hauptfürsorgestellen übertragen. Durch einen besonderen Härteparagrafen ist die Regierung ermächtigt worden, Ausnahmen zuzulassen in Fällen, wo die Merkmale der Bedürftigkeit zu Härten führen würden.

Schließlich fand ein Gesetz über Mieterschutz und Mietminderungsämter zur Beratung. Es

nimmt eine Trennung vor hinsichtlich der Behandlung von Kündigungsgeldern und sonstigen Entscheidungen der Mietminderungsämter. Ueber Kündigungen sollen künftig die Amtsgerichte entscheiden, als Revisionsinstanz die Landgerichte. Dafür sollen die Amtsgerichte Weisert aus den Kreisen der Mieter und Vermieter hinzuziehen. Die vollstreckbare Ausfertigung eines Räumungsurteils darf nur erteilt werden, wenn ein Erfahrungsraum für den Mieter nachgewiesen ist. Der Reichsrat entschied sich mit 85 gegen 28 Stimmen dahin, daß bei diesem Entwurf keine Verfassungsänderung vorliege.

## Unsere Zimmerpflanzen.

Azaleen.

— Sie werden im Mai verpflanzt, wozu gute, sandige Gelbherde erforderlich ist. Den Wurzelballen verfürzt man ringsherum mit einem scharfen Messer, und zwar bei jüngeren Pflanzen um etwa 1/2 Zentimeter, bei älteren um 1 Zentimeter. Unten werden die Wurzeln um 1 bis 2 Zentimeter beschnitten. Vor dem Einpflanzen lege man die trockenen Wurzeln in Wasser, bis sie vollständig durchfeuchtet sind.

Man nehme nicht zu große Töpfe, es genügt, wenn rings um den Wurzelballen etwa 1 1/2 Zentimeter frische Erde kommt, doch pflanze man recht fest und bringe das Stämmchen nicht tiefer in die Erde.

Bei allen Pflanzen schneide man die Krone zurück und gebe ihnen eine gute Form. Sobald Frösche nicht mehr zu befürchten sind, stellt man die Azaleen ins Freie, an eine vor Zugluft geschützte Stelle. Während des Reiztriebes beschattet man sie etwas, weil sonst die jungen Triebe leicht gelb werden. Von August an kann die Sonne voll auf die Pflanzen einwirken, was den Knospenanfang und die Entwicklung befördert.

Sind die Pflanzen gut bewurzelt, so erhalten sie alle vierzehn Tage einen schwachen Düngerguß, zu dem man Schaf-, Geflügel-, Kaninchen- usw. Dünger benutzen kann. Vor Eintritt von Frösten kommen sie im Herbst in ein kühles, aber frostfreies Zimmer. In ein geheiztes Zimmer sollen sie nicht vor Januar gebracht werden, weil sie sonst Holztriebe und keine Knospen entwickeln.

Die Hauptvorsicht erfordert bei Azaleen das Gießen. Sie dürfen weder halbtrocken werden, noch anhaltend zu naß stehen. Deshalb gieße man sie immer erst dann, wenn die Erde mäßig trocken ist, dann aber durchfeuchte man sie vollständig.

## Zunggeflogelhäuschen.

Das bestehend abgebildete Bretterhäuschen, das unsern Lesern als Modell zur Selbstanfertigung dienen soll, ist eigentlich als Koloniehäuschen für Jungvögel gedacht. Aber es hat noch mannigfaltige andere Verwendbarkeit, und kein Geflügelzüchter, der nicht später in Verlegenheit kommen will, sollte es unterlassen, vor Beginn der Brutzeit sich mit einem oder mehreren — je nach Umfang der Zucht — Gefässen nach Art des abgebildeten zu versehen. Sie werden ihm immer zugute kommen. Ist es warm genug, daß das Kükenheim nicht mehr geheizt werden braucht, so kann an seine Stelle ein Häuschen dieser Art gesetzt werden, dessen Boden wir



dann in zwei Teile teilen werden, von denen wir den größeren mit Torfmoos, den kleineren mit seinem Sand bedecken, um den jungen Tieren ein Sandbad zu ermöglichen. In einem umfriebenen Raum mit Graswuchs an sonnige Stellen gesetzt, wird das Häuschen gute Dienste leisten. Auf den mit Sand bedeckten Scharräumen werden wir einige Heuballen streuen, um den kleinen Tieren genügend Beschäftigung beim Futtersuchen zu gewähren. Auch als Glanzzwinger eignet sich das Häuschen. Zu diesem Zweck wird es mit einem Rückenbord verbunden. Wenn die Hitze groß genug ist, kann sie auch bei der Truthühnerzucht Verwendung finden. Kurz, man wird um ihre Brauchbarkeit nicht in Verlegenheit kommen, wenn erst die Zucht im Gange ist. Zum Schutz gegen Ungeziefer werden diese Holzstätten innen und außen mit Kalkmilch geweißt und dieser Anstrich jährlich wenigstens einmal erneuert.

## Die Erziehung der Hühner.

Die Erziehung der Hühner ist in der Tat möglich. In den letzten Jahren hatte ich Gelegenheit, auf den elterlichen Bauernhof darüber Beobachtungen zu machen. In der ersten Zeit wurden die Hühner durch einen mittelgroßen Hofhund gehegt, natürlich so oft es nötig war; auch wenn sie sich anschlössen, über den Zaun zu fliegen, wurden sie vom Zaun weggeholt. Schließlich brauchte gar nicht mehr der Hund auf sie gehegt zu werden, es genügte, den Namen des Hundes zu rufen, um die Hühner vom Überfliegen des Zaunes abzuhalten. Wenn ein Huhn schon auf dem Zaun stand und man rief schnell hintereinander: „Peter! Peter!“ so zögerte es, herabzufliegen, und wenn man weiter rief, so lehrte es schnell auf den Hof zurück. Die Hühner behalten es also in Erinnerung, daß sie nicht vom Hof herunter sollen, und die

gewohnten Zeichen resp. Handlungen, durch die sie am Hof gehalten werden, merken sie sich ganz genau. Schon das Geräusch einer Tür, der Knall der Reitsche oder einfaches Händeklatschen veranlaßt sie, aus Feld und Garten in den Hof zu flüchten. So kann man die Hühner ohne Zweifel erziehen und sich viel Ärger und Mühe ersparen.

## Die Asche.

Die Asche ist für den Landwirt und Gartendieb sehr wertvoll. Daher sollte sie niemals verstreut werden. Die Holzasche ist am besten, da sie infolge ihrer mineralischen Bestandteile eine nicht zu unterschätzende Düngerkraft besitzt. Ihr gleichwertig ist die Torfasche. Kohlenasche hat weniger oder gar keinen Wert als Dünger, aber sie bewirkt eine Lockerung des Bodens.

Die Aufbewahrung der Asche geschieht am besten in einer Grube. Im Herbst und im Frühjahr wird sie dann auf das Land gebracht und untergepflügt oder -gegraben.

## Soziales.

— **Am die 48 stündige Arbeitswoche.** In der süd-deutschen Metallindustrie wird seit acht Wochen ein Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern geführt. Es handelt sich um die Durchführung der 48 stündigen Arbeitswoche. Der Vorstand des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller hat eine Sitzung in Stuttgart abgehalten und dort folgende Entschlüsse gefaßt: Die 48 stündige Arbeitswoche besteht in den weitaus meisten Bezirken der deutschen Metallindustrie. Auch die in den süddeutschen Verbänden Bayern, Württemberg und Baden gefaßten Schiedsprüche fordern übereinstimmend die aus allgemein wirtschaftlichen Gründen notwendige 48 stündige Arbeitswoche.

## Aus Stadt und Land.

— **177 Zeitungen und Zeitschriften** haben nach der amtlichen Zeitungsliste für März ihr Erscheinen eingestellt. Immer weiter greift das große Sterben im Zeitungsgewerbe um sich und macht nicht halt vor alten eingeführten Tageszeitungen. Auch die „Wesltauer Zeitung“ ist jetzt der ungeheuren Preissenot zum Opfer gefallen. Selbst in Berlin sah sich die unabhängige „Freiheit“ gezwungen, nur täglich einmal herauszukommen. In Frankfurt a. M. stellt das „Mittagsblatt“ sein Erscheinen ein.

— **Eine Folge der hohen Luftabkühlsteuer.** Die Kleiner Kinobesitzer geben bekannt, daß sie wegen der hohen Luftabkühlsteuer gezwungen sind, ihre Theater am 15. Mai zu schließen.

— **Eine wunderliche Stadtgemeinde** ist zweifellos Rößelheim. Dort hatte die nach dem Felde gefallenen Sportmann Dr. Ludwig Opel benannte Stiftung den Bau zahlreicher Häuser begonnen, um ein neues Wohnviertel zu schaffen und auch damit der ungesunden Wohnungsnot zu steuern. Da die Bauten ohne jeden Zuschuß lediglich mit dem Kapital der privaten Stiftung errichtet wurden, glaubte diese einen nicht ganz unberechtigten Wunsch auszusprechen, wenn sie forderte, daß eine der neuen Straßen den Namen des Gründers Dr. Ludwig Opel tragen sollte. Die sozialistische Mehrheit im Stadtparlament lehnte diesen durchaus gerechtfertigten Wunsch ab und beschloß, die neuen Straßen nach sozialistischen Parteiführern zu nennen. Darauf unterbrach die Stiftung den Bau von neuen Häusern und die Stadt kann es der „sozialistischen“ Parteipolitik ihrer Stadtväter danken, wenn die Wohnungsnot noch weiter zahllose Familien bedrückt.

— **Verhüttung in einem Schweizer Bergwerk.** In Chur (Graubünden) stürzte ein Stollen des Bänder Kraftwerkes auf einer Strecke von zehn Metern ein. Mehrere Arbeiter wurden verhüttet. Es gelang, mit einem Eisenrohr eine Verbindung mit sieben Verhütteten im Stollenende herzustellen. Drei Mann liegen unter den Schuttmassen und sind wahrscheinlich tot. Man hofft, die Überlebenden durch Stollenortriebe zu befreien.

— **Verhaftung eines Marzburger Mannes.** Einer der Führer beim letzten Aufstand in Mitteldeutschland, der Kommunist Otto Wegerich, wurde auf Veranlassung der Ulmerleberer Kriminalpolizei in Berlin verhaftet. Trotz aller Bemühungen war es Wegerich, der bei dem Dynamitdiebstahl bei den Leunawerken die Hauptrolle gespielt hatte, immer gelungen, sich der Nachforschungen der Polizeibehörde durch behändiges Wechseln seines Wohnsitzes zu entziehen.

— **Anschlag auf einen Düsseldorf-Duisburger Zug.** Auf den D-Zug Düsseldorf-Duisburg ist hinter dem Duisburger Wald, kurz vor der Einfahrt in Duisburg, ein Anschlag verübt worden. Bahnwärter hatten das Signal auf „Halt“ gestellt, um den D-Zug zum Stehen zu bringen. Durch die Aufmerksamkeit eines Blockwärters wurde der Anschlag vereitelt. Herbeigeeilte Polizeibeamte wurden von den Bahnräubern in ein Feuergefecht verwickelt, nach dem ein Mann schwer verwundet am Tatort vorgefunden und festgenommen wurde.

— **Kein französischer Offizier ermordet.** Die französische Meldung, wonach in Höchst (besetztes Gebiet) ein französischer Offizier im Laufe eines Streites mit deutschen Zivilpersonen getötet worden sei, ist vollkommen erfunden. Es hat sich wohl in den letzten Tagen bei einem Arbeiterball ein Streit zwischen deutschen Zivilpersonen und französischen Soldaten erhoben, doch hat dieser Zwischenfall keine ernstlichen Folgen gehabt. Keine der in Betracht kommenden Zivilpersonen fand im Offiziersranne.

